



Kulturausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlage 14/594 (Erläuterungsband)

Einzelberatung der Haushaltsansätze im Einzelplan 02 (Ministerpräsident),
Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses

Der Ausschuss berät über die Kapitel 02 060 - Landesarchiv, Archivwesen - und 02 062 - Kulturförderung - im Einzelplan 02.

Die Abstimmung über Änderungsanträge zum Kulturhaushalt ist für den
15. November 2006 vorgesehen.

2 Kulturhauptstadt Europas 2010: Stand der Vorbereitungen

6

Vorlage 14/719

Der Ausschuss diskutiert anhand der Vorlage über den aktuellen Sachstand in der Vorbereitung der Kulturhauptstadt Europas 2010.

3 Krefeld und der Monet-Verkauf

8

Vorlage 14/718

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich folgenden Text:

Der Kulturausschuss des Landtags NRW drückt sein Befremden über die Pläne der Stadt Krefeld aus, ein Hauptwerk der Sammlung des Kaiser-Wilhelm-Museums zur Finanzierung der Sanierung des Gebäudes zu veräußern. Die Absicht steht im Kontext der Verkaufsüberlegungen von Kunst- und Kulturgütern andernorts. Unser künstlerisches und kulturelles Erbe darf im Grundsatz nicht als Verfügungsmasse der öffentlichen Haushalte verwandt werden. Verkäufe aus Museums- oder Bibliotheksbeständen sollen - nach den ethischen Richtlinien des Internationalen Museumsrates ICOM - allenfalls in besonderen Ausnahmefällen möglich sein und der Erlös muss der Ergänzung der Sammlungen zugute kommen.

4 Trendwende in der Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens

12

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/2100 (Neudruck)

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen zu.

Seite

5 Künstlerisch-kulturelle Bildung stärken - soziale Integration fördern 12

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2416

In Verbindung damit:

Kultur und Integration

Der Ausschuss vereinbart, den unter Tagesordnungspunkt 1 im Rahmen der Haushaltsberatungen von StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) zugesagten schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Thema Kulturelle Integration abzuwarten und den Punkt dann erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

6 Verschiedenes 12

- siehe Diskussionsprotokoll

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Vorsitzender Dr. Fritz Behrens** Herrn Peter Landmann als neuen Abteilungsleiter der Kulturabteilung in der Staatskanzlei vor.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlage 14/594 (Erläuterungsband)

Einzelberatung der Haushaltsansätze im Einzelplan 02 (Ministerpräsident),
Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens gibt den Hinweis, dass man sich in der Beratung auf den Einzelplan 02 beschränke, und zwar auf die Kapitel 02 060 – Landesarchiv, Archivwesen – und 02 062 – Kulturförderung. Die Fraktionen hätten keinen darüber hinausgehenden Beratungsbedarf geäußert.

Auf eine Frage von **Oliver Keymis (GRÜNE)** äußert **Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)**, das Archiv für alternatives Schrifttum (afas) in Duisburg habe noch nie eine Förderung aus diesen beiden Kapiteln erhalten. Herr Keymis könne aber davon ausgehen, dass man sich um das afas kümmern werde. Dieses Archiv mache durchaus eine sehr gute Arbeit. Es habe sich aber bisher mit Projektmitteln beholfen und habe bisher keine reguläre Förderung erhalten. Vielleicht werde man da aber eine Lösung finden können. – **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** ergänzt, Projektförderung hierfür habe es auch in der Vergangenheit aus der Titelgruppe 90 gegeben. Auch aus dem Bereich des Wissenschaftsministeriums habe das afas nach seiner Vermutung allenfalls Projektmittel erhalten.

Elisabeth Koschorreck (SPD) erkundigt sich, was das für die Zukunft bedeute, wenn ab 2007 das Förderverfahren bei der Laienmusikförderung geändert werde.

Bei dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ handle es sich ja um ein großes Versprechen. Das wecke natürlich überall auch hohe Erwartungen. Sie bitte um Auskunft, wie das Konzept aussehe.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) kündigt zum Programm „Jedem Kind ein Instrument“ nach Abschluss der Gespräche einen umfassenden Bericht an. Für das Jahr 2007 gehe es um Fördermittel, um vor allen Dingen mit der Musikschule Bochum einen ersten Schritt zu wagen. Daraus ließen sich vielleicht Rückschlüsse für die Jahre ab 2008 ziehen für weitere Förderungen mit weiteren Musikschulen. Das werde man

nicht allein stemmen können und befinde sich in Gesprächen mit sehr vielen Partnern. Im Jahr 2007 werde zunächst ein erster Schritt gegangen.

Bei der Laienmusikförderung sei die Absicht – auch auf Bitte einzelner Verbände –, zu einer erheblichen Vereinfachung des Verfahrens zu kommen durch eine neue Form der Pauschalisierung, die aber eine Zweckgebundenheit bedeute. Man wolle etwa 50 % der Mittel – so sähen im Moment die Überlegungen aus – für die nichtkirchlichen Träger unmittelbar pauschaliert geben, was erhebliche Bürokratie einspare. Das werde sicher auch ein Thema sein bei der Sitzung des Kuratoriums des Landesmusikrates im Anschluss an diese Ausschusssitzung, wo er seine Überlegungen auch gerne etwas detaillierter vorstelle. Nach dem jetzigen Planungsstand gehe es um erhebliche Vereinfachungen für die Vereine und Verbände.

Elisabeth Koschorreck (SPD) bittet darum, dass der Staatssekretär seine Darlegungen im Kuratorium des Landesmusikrates auch dem Ausschuss zur Verfügung stelle.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) erwidert, er wolle dem Ausschuss das Konzept gern zu einem Zeitpunkt vorstellen, wenn es auch definitiv innerhalb der Landesregierung und mit allen Partnern abgestimmt sei. Vorher wolle er das ungern schon öffentlich machen. Das sollte dann wirklich mit allen dafür notwendigen Partnern abgestimmt sein.

Angela Freimuth (FDP) ist der Ansicht, wenn das Konzept im Anschluss an diese Sitzung im Kuratorium des Landesmusikrates präsentiert werde, dann habe das doch in gewisser Weise bereits das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Dann sollte das auch im parlamentarischen Raum kurzfristig zur Kenntnis gegeben werden.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) stellt richtig, es werde in seiner Anwesenheit hierzu einen Bericht des Landesmusikrates NRW geben. Er könne sich vorstellen, dass sich dann eine Diskussion anschließe, in der er auch zum Stand der Gespräche innerhalb der Verwaltung Stellung nehme. Aber die Dinge seien noch nicht spruchreif. Er sei gerade in solchen Fragen aber gern offen für Anregungen vom Landesmusikrat, mit dem man allerdings auch im Sommer hierzu schon Gespräche geführt habe. Aber es könne ja sein, dass es hier neue Anregungen gebe. Er halte es auch für ein gutes Verfahren, darüber in einem solchen Kuratorium offen zu sprechen. Denn dafür sei es ja da. Anschließend könne dann im Ausschuss darüber berichtet werden, wenn man diese Verwaltungsverfahren neu geregelt habe, mit Zustimmung auch anderer Minister.

Angela Freimuth (FDP) ist erfreut darüber, dass dieses Missverständnis nun aufgeklärt sei.

Elisabeth Koschorreck (SPD) fragt, welchen Stellenwert der Kulturausschuss dann habe. Sie könne sich mit diesen Aussagen nicht zufrieden geben und bitte darum, dass der Staatssekretär möglichst kurzfristig einen Bericht zur Verfügung stelle.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) entgegnet, er habe zu diesem Thema im Ausschuss ja schon einmal Ausführungen gemacht. Hier befinde man sich noch in Abstimmungsgesprächen auch mit dem Landesmusikrat. Insofern finde er es in Ordnung, darüber auch im Kuratorium des Landesmusikrates zu sprechen und das anschließend innerhalb der Verwaltung abschließend zu behandeln. Denn es handele sich zunächst um einen Verwaltungsvorgang, der hier statfinde und der der Entbürokratisierung dienen solle.

Nach Meinung von **Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** sei das Verfahren nicht zu beanstanden. Natürlich habe der Kulturausschuss aber auch ein Interesse daran, sich an diesen Debatten zu beteiligen. Er schlage vor, das bald als eigenen Tagesordnungspunkt im Kulturausschuss zu diskutieren. – Der **Staatssekretär** ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens hält fest, dass unverzüglich nach Abschluss der verwaltungswinterne Vorklärunge in Ausschuss darüber berichtet werde.

Walter Kern (CDU) begrüßt die Steigerung um 1 Million € zur Stärkung der Landestheater. Er sei auch sehr froh darüber, dass die Kinder- und Jugendtheater einen besonderen Schwerpunkt darstellten. Das werde sich nachhaltig für die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen auszahlen. Das stärke außerdem die Glaubwürdigkeit der Politik.

Bei der Kulturellen Integration, stellt **Elisabeth Koschorreck (SPD)** fest, bleibe der Ansatz unverändert. Auch hier fehle ein ausführliches Konzept zur Umsetzung. Darum bitte sie.

Für **Oliver Keymis (GRÜNE)** ist Kulturelle Integration ein sehr wichtiges Thema. Es sei ein Verdienst der neuen Landesregierung, dass sie das in einem eigenen Haushaltspunkt untergebracht habe. Bisher sei dieses Thema Dialog der Kulturen genannt worden.

Er teile die Einschätzung der Kollegin Koschorreck, dass nicht erkennbar sei, was da im Detail passiere. Möglicherweise sei das auch ein Grund dafür, dass dies einer der wenigen Ansätze sei, die nicht erhöht würden, was angesichts der aktuellen Debatten eigentlich nicht erklärbar sei. Eigentlich müssten in diesem Bereich viel mehr Initiativen gestartet werden. Das sei möglicherweise mit 300.000 € nicht zu leisten, sondern vielleicht mit 500.000 € und im nächsten Jahr mit 700.000 €, um zu zeigen, dass man Kulturelle Integration in all ihren Facetten ernst nehmen wolle. Deshalb habe er ebenfalls die Frage, was da passiere und warum der Ansatz nur überrollt werde. Vielleicht hänge das ja damit zusammen, dass man noch nicht genügend Initiativen oder förderwürdige Projekte im Land dazu erkenne.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) macht darauf aufmerksam, dass man sich im Rahmen der Haushaltsberatungen befinde. Berichte könnten zwar erbeten werden,

müssten dann aber seines Erachtens in anderen Sitzungen erfolgen und nicht im Rahmen der Etatberatungen.

Zur Kulturellen Integration verweise er auf Tagesordnungspunkt 5 und auf den entsprechenden Antrag von CDU und FDP.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) legt dar, die Tatsache, dass hier der gleiche Betrag für Projektmittel enthalten sei, bedeute nicht, dass nicht zusätzliche Aktivitäten entwickelt würden. Das Thema Kulturelle Integration sei ein ganz wesentlicher Bestandteil des gesamten Bereichs kulturelle Bildung, in dem ja im nächsten Jahr inzwischen mehrere Millionen Euro ausgegeben würden. Die Titelgruppe 66 dürfe nicht isoliert betrachtet werden. Er biete an, dass das Ministerium für eine der nächsten Sitzungen einen umfassenden schriftlichen Bericht erstelle, der auch mit dem Ministerium von Herrn Laschet abgestimmt sei. Dieses Thema betreffe ja mehrere Häuser, wie auch aus dem Antrag hervorgehe, der unter Tagesordnungspunkt 5 noch diskutiert werde.

Elisabeth Koschorreck (SPD) erinnert daran, dass sie in der letzten Sitzung eine Nachfrage zum öffentlichen Bibliothekswesen gestellt habe. Sie bitte den Staatssekretär um Auskunft über den aktuellen Sachstand.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) berichtet, seine Gespräche und Recherchen hierzu hätten ergeben, dass es in der Landesregierung keine entsprechenden Pläne – auch im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform – gebe. Das Ganze gehe zurück auf ein Papier der Regierungspräsidenten, die die Schwerpunkte ihrer Arbeit gewichtet hätten und dabei – vorsichtig formuliert – der Arbeit ihrer Bibliotheksstellen und Büchereinstellen nicht den Stellenwert gegeben hätten, der der ersten Priorität entspreche. Deswegen müsse man in der Tat mittelfristig mit den Regierungspräsidenten über diesen Punkt reden, da es offensichtlich auch um die Nichtbesetzung von Stellen und Ähnliches gehe. Aber es gebe keine Pläne, diese Bibliotheksstellen bei den Regierungspräsidenten einzustellen.

Auf die Bitte von **Oliver Keymis (GRÜNE)**, der sich eine Stärkung dieses Bereichs wünsche, führt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** zum Bereich Soziokultur aus, hierzu habe man in diesem Jahr eine Initiative ergriffen. Das sei auch bereits ange laufen. Die Projektmittel würden uneingeschränkt weiter fortgeführt. Daneben habe man aber eine Konzeptförderung eingeführt und einen Wettbewerb unter allen soziokulturellen Zentren veranstaltet, um neue Konzepte für eine Neuorientierung der soziokulturellen Zentren zu entwickeln. Denn die Zentren seien ja mit ihren Gründern auch in die Jahre gekommen und brauchten daher neue Ideen, neue Visionen und neue Konzepte. Dafür würden insgesamt 250.000 € ausgegeben. 10.000 € entfielen auf allgemeine Kosten. Die übrigen 240.000 € würden auf die sechs Preisträger aufgeteilt.

Oliver Keymis (GRÜNE) bedauert, dass die Vorgängerregierung die Titelgruppe 98, Förderung der Kunst und Kultur der Frauen, auf 165.000 € festgesetzt habe und dass es hier nur bei der Überrollung bleibe. Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen ha-

be er gehofft, mit seinem sehr bescheidenen Änderungsantrag wenigstens eine geringe Erhöhung zu erreichen. Er meine nach wie vor, dass es darauf ankomme, diese Titelgruppe und dieses Spezifikum in der Förderung in der Landeskulturpolitik zu erhalten, und zwar mindestens so lange, bis man davon ausgehen könne, dass das alles in der Gesellschaft kein Thema mehr sei. Das sei aber bisher nicht der Fall. Er hoffe, heute zu hören, dass diese Titelgruppe auch künftig erhalten bleibe und in den Blick genommen werde, dieses Feld künftig zu stärken. Er nenne ein Beispiel, nämlich das Frauenmuseum in Bonn. Das sei sehr spezifisch in seiner Ausrichtung und in seinem Angebot. Da fehle es oft an ein paar Tausend Euro und auch an der Möglichkeit, diese Fördermittel zu erhalten. So lange es bei einem so kleinen Topf bleibe, sei dieser Topf natürlich auch schon überreizt. Es wäre wünschenswert, dass solche Projekte und solche Arbeit die Wertschätzung aller zukünftigen Landesregierungen hätten.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) verweist auf seine Ausführungen bei den letzten Haushaltsberatungen. Er halte die Förderung der Kunst und Kultur von Frauen für eine Querschnittsaufgabe aller Bereiche, die er wirklich ernst nehme und auch hin und wieder thematisiere. Aber sie könne seiner Ansicht nach jetzt nicht in zusätzlichen Projekten, die hieraus bezahlt würden, finanziert werden. Das sei für ihn eine Frage der Veränderung von Bewusstsein und auch von Handlungsweisen an anderen Stellen, wenn es zum Beispiel um die Verteilung anderer Mittel gehe. Unter den Künstlerinnen und Künstlern gebe es sogar ein leichtes Übergewicht beim Frauenanteil. Wenn man sich aber die Ankäufe aller Museen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen anschau, lasse sich erschreckenderweise feststellen, dass der Prozentsatz, der auf Frauen entfalle, bei 2 bis 4 % liege. Das müsse bei Ausstellungsförderungen usw. berücksichtigt werden. Deswegen vertrete er die Linie, dass das, was bisher stattfinde, nicht gekürzt werden solle. Seine Meinung sei ganz klar, hier auch im kommenden Jahr nichts herunterzufahren. Aber im Moment sehe er vor allen Dingen die Notwendigkeit, für ein entsprechendes Bewusstsein an anderen Stellen zu sorgen.

Oliver Keymis (GRÜNE) ist erfreut über die Aussage, dass es so bleibe. Denn diese Aussage habe es bei den letzten Haushaltsberatungen nicht gegeben. Er habe noch Töne im Ohr, die in die Richtung gegangen seien, das könne irgendwann im Grunde auch völlig aufgelöst werden. – **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** wirft ein, das sei aber nie seine Intention gewesen. – **Oliver Keymis (GRÜNE)** fährt fort, das höre er mit Freude. Man könne ja auch das eine tun ohne das andere Gute zu lassen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Abstimmung über Änderungsanträge zum Kulturhaushalt für den 15. November 2006 vor der Plenarsitzung vorgesehen sei.

